

Die Geopolitik von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik: Interview mit Ilias Alami

Banse, Frauke; Shah, Anil

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Banse, F., & Shah, A. (2021). Die Geopolitik von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik: Interview mit Ilias Alami. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 41(2), 298-317. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i2-3.07>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Geopolitik von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik Interview mit Ilias Alami

Mit dem Politikwissenschaftler und Geographen Ilias Alami von der Universität Maastricht sprachen *Frauke Banse* und *Anil Shah* über seine aktuelle Forschung zum Verhältnis von Geopolitik, entwicklungspolitischen Finanzströmen und aufkommenden Formen von „Staatskapitalismus“ sowie über die damit zusammenhängenden neuen imperialistischen Formierungen. Das Interview wurde im Mai 2021 per E-Mail geführt. Daher enthält der Text auch Quellenverweise.

Du gehörst zu denjenigen, die behaupten, dass sich das Verhältnis von Finanzmärkten und Entwicklungspolitik in den letzten Jahren grundlegend verändert hat. Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Merkmale dieses Wandels?

Ein grundlegender Wandel, den wir beobachten, ist der Aufstieg dessen, was Daniela Gabor treffend als „Wall-Street-Konsens“ bezeichnet hat (s. das Stichwort von Daniela Gabor in diesem Heft, S. 318ff; Anm. d. Red.). Dieses aufkommende Paradigma fördert die Mobilisierung von privatem Finanzkapital als (entwicklungs-)politische Priorität, insbesondere für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklungsziele und für die Errichtung großer Infrastrukturen in Entwicklungsländern. Die Staaten des Südens werden ermutigt, ihre heimischen Finanzsysteme zu vertiefen und diese im Sinne internationaler Finanzmärkte (z.B. Derivatemarkten) zu reorganisieren, indem sie neue Investitionsmöglichkeiten in Bereichen wie Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Wasser, Klimaanpassung, Gesundheit und Bildung ermöglichen. Zudem werden politische Maßnahmen ergriffen, die die Investitionsrisiken für globale Investoren verringern, unter anderem durch die Nutzung von öffentlichen Finanzmitteln. Die Hoffnung ist, dass durch die Bereitstellung attraktiver Investitionsmöglichkeiten für globale institutionelle Investoren die riesigen Mengen an Liquidität, die sie kontrollieren, in den globalen Süden „eskortiert“ werden. Dadurch soll der Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer gedeckt und gleichzeitig sollen ansehnliche

finanzielle Renditen für Investoren in einer Art Win-win-Szenario erzielt werden. In dieser schönen neuen Welt „jenseits von Entwicklungshilfe“ (Mawdsley 2018) fördert der Wall-Street-Konsens die staatlich unterstützte private Finanzierung im Namen der Entwicklung.

Meiner Ansicht nach bedarf es einer politischen Lesart des Wall-Street-Konsenses, die ihn in der langen und turbulenten Geschichte der Beziehung zwischen Finanzwesen und Entwicklung verortet. Aus dieser Perspektive weisen aktuelle Trends eine bemerkenswerte Kontinuität auf. Gabor verortet den Wall-Street-Konsens als Erbe des (Post-)Washington-Konsenses. In ihrer Arbeit darüber, wie sich der Wall-Street-Konsens in den Diskursen und Politikvorgaben der Weltbank im Bereich der klimaresilienten städtischen Infrastruktur manifestiert, argumentieren Patrick Bigger und Sophie Webber beispielsweise, dass er auf eine Art „grüne Strukturanpassung“ hinausläuft, die mit den Strukturanpassungsprogrammen seit den 1980er Jahren vergleichbar sind (Bigger & Webber 2021: 47).

Mit anderen Worten: Ja, der Aufstieg des Wall-Street-Konsenses ist in der Tat eine grundlegende Veränderung, aber es ist eine, die innerhalb breiterer historischer Entwicklungen verstanden werden muss. Spätestens seit im Zuge der westlichen Moderne die Welt in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Staaten unterteilt wurde, geht es beim Thema Finanzen und Entwicklung darum, Staaten in der Dritten Welt umzustrukturieren und neu zu ordnen, um die Herrschaft des Marktes zu verallgemeinern und die sozialen Beziehungen und Institutionen, die für kapitalistische Reproduktion zentral sind, global durchzusetzen. Die Methoden, Diskurse, Technologien und Praktiken, die eingesetzt wurden, um dieses übergeordnete, langfristige Ziel zu erreichen, bergen seit jeher eine starke (neo-)koloniale Konnotation. Der Wall-Street-Konsens könnte also durchaus die nächste Form dieses gescheiterten, krisengebeutelten und oft gewalttätigen Projekts sein. Während das private Finanzkapital und die Figur des globalen Investors als Helden der Entwicklung gefeiert werden, riskiert der Wall-Street-Konsens das zu vertiefen, was Annina Kaltenbrunner, Ingrid Kvangraven, Kai Koddenbrock, Jeff Powell, Carolina Alves, Bruno Bonizzi und ich (i.E.) als „internationale finanzielle Unterordnung“ (*international financial subordination*) der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft bezeichnet haben. Dieser Trend geht mit vielen Krisen und dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt einher.

Der Wall-Street-Konsens ist jedoch nicht nur in diese tiefgreifenden historischen und strukturellen Prozesse eingebettet, er ist auch das Produkt der gegenwärtigen kapitalistischen Transformation. Ich habe bereits erwähnt, dass er explizit als Mittel zur Einbindung globaler institutioneller

Investoren in die Entwicklung und Nutzung der von ihnen kontrollierten großen Mengen liquiden Kapitals konzipiert ist. Als solcher spiegelt er den Aufstieg des Vermögensverwalter-Kapitalismus und die Ausweitung des Schattenbankenwesens wider, insbesondere seit der globalen Finanzkrise 2008 (Musthaq 2020; Dafermos u.a. 2021). Aber ich denke, dass wir auch die kapitalistischen Transformationen jenseits des Geld- und Finanzbereichs betrachten müssen, um den Wall-Street-Konsens zu verstehen. Ich würde zum Beispiel sagen, dass die starke Betonung auf Infrastruktur kein Zufall ist. Eine Reihe von Wissenschaftler*innen nehmen an, dass wir in ein „Zeitalter der Logistik“ eingetreten sind, in dem die Optimierung der Kapitalzirkulation, einen deutlich strategischen Charakter angenommen hat (Bernes 2013; Cowen 2014; Chua u.a. 2018). Mit der beschleunigten Entfaltung einer neuen internationalen Arbeitsteilung (Charnock & Starosta 2016) erleben wir auch eine bedeutende Verlagerung des Schwerpunkts der kapitalistischen Weltwirtschaft vom Nordatlantik zum asiatisch-pazifischen Raum (Arboleda 2020). Dies erzeugt einen massiven Bedarf an Infrastruktur, um entsprechend neue Muster ungleicher geografischer Entwicklung zu ermöglichen. Daher steigt die Bedeutung der Raumplanung und vielerorts werden groß angelegte Verbindungsinfrastrukturen (wie Häfen, Kanäle, Eisenbahnen und weitere infrastrukturelle Knotenpunkte) durch Entwicklungspolitik gefördert. Miguel Kanai und Seth Schindler (2019) haben aufgezeigt, wie dieser Infrastrukturbloom dazu dient, den Kapitalabfluss zu erleichtern und eine strategische Integration von Firmen mit globalen Wertschöpfungsketten zu ermöglichen.

Was bedeutet der Begriff „money power“ für dich und wie erlaubt dir das Konzept, die Aufrechterhaltung, Erneuerung und Herausforderung kolonialer und imperialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen?

Ich beziehe mich mit dem Begriff *money power* auf eine Reihe von Autor*innen, die in der Tradition der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie schreiben, wie z.B. Simon Clarke. Seine Arbeit hat mich sehr inspiriert. Sein Konzept legt nahe, dass Geld kein neutrales, technisches Instrument ist, das einfach den wirtschaftlichen Austausch zwischen freien und gleichen Individuen ermöglicht, so wie die neoklassische Wirtschaftstheorie behauptet. Geld im Kapitalismus drückt eine „scheinbar transzendente Macht“ aus, um einen Ausdruck von Karl Marx zu verwenden. Die Macht, die soziale Reproduktion der Disziplin und Logik des Kapitals zu unterwerfen. Clarkes Worten zufolge ist in kapitalistischen Gesellschaften „die Zirkulation des Geldes nicht den Erfordernissen des Tausches untergeordnet, vielmehr ist die

Möglichkeit des Tausches den Erfordernissen der Expansion des Geldes als Kapital untergeordnet“ (Clarke 2003: 37, Übersetzung: F.B. & A.S.). Deshalb und trotz seiner Erscheinung als neutrales Objekt ist Geld die herausragende, abstrakte und „autonome“ soziale Inkarnation der (kapitalistischen) Klassenherrschaft (Clarke 1988).

Meiner Meinung nach ist das Konzept *money power* aus zwei Gründen besonders interessant. Erstens zeigt es, dass die Zirkulation von Kapital in Form von Geld und Finanzen „das gemeinsame Kapital einer Klasse“ darstellt; es drückt also die disziplinierende Macht des „Kapitals im Allgemeinen“ aus (Marx 1991 [1894]; Clarke 1988). Das ist wichtig, weil es zeigt, dass das, was in der Wissenschaft und in öffentlichen Debatten oft als der übermäßige Einfluss der Finanzmärkte, der Wall-Street-Finanziers bezeichnet wird, in Wirklichkeit eine Ausdrucksform der disziplinierenden Logik des Kapitals ist. Das soll nicht heißen, dass die Akteure und Institutionen des Finanzkapitals keine immense Macht und Autorität ausüben (das tun sie offensichtlich!). Aber diese Macht ist Ausdruck einer viel allgemeineren Form der sozialen Regulierung in kapitalistischen Gesellschaften. Mit anderen Worten: Geld im Kapitalismus ist eine Form des Klassenkampfes (Bonefeld & Holloway 1996). Das bedeutet auch, dass Geldinstrumente und finanzielle Ansprüche letztlich auf der Ausbeutung von Arbeit und der Aneignung von Natur beruhen. Meiner Ansicht nach sind dies der notwendige Ausgangspunkt jedes Versuchs, das Geld- und Finanzwesen kritisch zu theoretisieren, und die Grundlage jeder Art von progressiver Politik.

Zweitens würde ich sagen, dass die Macht des Geldes als Konzept produktive Wege bietet, um zu untersuchen, wie, in den Worten von David McNally (2020), „Geld und Finanzen in Matrizen sozialer Macht [nicht reduzierbar auf Kapital/Klasse] verstrickt sind und dazu neigen, sie zu reproduzieren“ (ebd.: 21). In meiner Arbeit habe ich mich besonders für zwei solcher Matrizen sozialer Macht interessiert, nämlich einerseits für den Imperialismus und andererseits für *race*/Kolonialität. Diese beiden Dimensionen sind natürlich sehr eng miteinander verwoben. Was die Erste betrifft, habe ich versucht zu zeigen, dass die globalen Finanzflüsse seit dem langen 16. Jahrhundert durch imperialistische Beziehungen vermittelt werden. Mein Argument ist, dass die geografische Organisation des globalen Finanzsystems und die räumliche Anordnung des globalen Geldsystems durchweg von imperialer Macht untermauert und durchgesetzt worden sind. Dies geschieht auf Kosten jener Räume des Weltmarktes, die im Zuge dessen als Peripherien, formelle und informelle koloniale Territorien, die Dritte Welt und der globale Süden bezeichnet werden. Entsprechend haben diese Räume eine untergeordnete Stellung im Netzwerk von Raum- und

Machtbeziehungen, innerhalb derer Geld und Finanzen fließen, oder in dem, was ich als die „relationalen Geografien der *money power*“ bezeichnet habe (Alami 2018; 2019). Ich behaupte, dass dies von grundlegender Bedeutung ist, um zu verstehen, wie Krisendynamiken von Finanzmärkten ungleich über den Weltmarkt verteilt sind, und größtenteils auf Kosten von Arbeiter*innen, Bäuerinnen und Bauern, armen Haushalten und der Umwelt im Globalen Süden gehen. Dieser Punkt ist auch wichtig, um die globalen Beziehungen von Wert, Ausbeutung und Enteignung zu begreifen, die dem kapitalistischen Finanzwesen zugrunde liegen. Entsprechend tragen die Dynamiken des globalen Finanzwesens dazu bei, imperialistische Beziehungen zwischen Räumen auf dem Weltmarkt zu reproduzieren.

In meinem Buch habe ich dieses Argument ein wenig weiterentwickelt und untersucht, wie zeitgenössische Geografien der *money power* auch durch Beziehungen von *race*/Kolonialität geprägt sind. So habe ich, gestützt auf die brillanten Arbeiten von Lisa Tilley (2020), Paul Gilbert (2018) und anderen untersucht, wie die sozialen Beziehungen von *race*, Kolonialität, Geschlecht und Sexualität tief in die soziale Konstruktion von Schwellenländern als Investitionsziele verwickelt sind, insbesondere in Prozesse der Risikobewertung und Investitionsentscheidung (Alami 2019). Finanztechniken und -technologien sind weit davon entfernt, ökonomische Daten wertneutral offenzulegen und rational zu verarbeiten. Vielmehr sind Kreditratings, politische Risikobewertungen, Benchmark-Indizes und andere Instrumente von sedimentierten Vorstellungen von Kolonialismus und *empire* geprägt, entweder weil sie ihren Ursprung in kolonialen Unternehmen (z.B. Handelsgesellschaften wie der Britischen Ostindien-Kompanie), im Argwohn gegenüber Dekolonisierungsprozessen oder in der Sorge um den Zerfall europäischer Imperien haben oder weil sie auf rassifizierten Kategorien (wie „gute Regierungsführung“) beruhen. Beziehungen von *race* und Kolonialität spielen daher weiterhin eine konstitutive Rolle als Mittel zur Durchsetzung von Disziplin und der andauernden Unterordnung sowie als Mittel, um im und durch das kapitalistische Finanzwesen zu profitieren. Dies betrifft alle Entwicklungs- und Schwellenländer, wenn auch in ungleicher Weise (je nach ihrer spezifischen Geschichte von Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus).

Ich habe insbesondere untersucht, wie sich dies auf die Investitionsmuster in Ökonomien auf dem afrikanischen Kontinent südlich der Sahara auswirkt. Selbst Mainstream-Ökonom*innen und Wirtschaftsexpert*innen haben festgestellt, dass diese Länder von globalen Investoren, Rating-Agenturen und anderen Finanzakteuren oft als atypisch riskant wahrgenommen werden. Infolgedessen sind die Kreditkosten dieser Länder im Allgemeinen

ungerechtfertigt hoch (unter Zugrundelegung von Faktoren wie Volatilität und Finanzrenditen, makroökonomischen Fundamentaldaten, der „Qualität“ von Institutionen und politischen Rahmenbedingungen, politischer Stabilität, dem Geschäftsumfeld, usw.). Ich habe versucht zu zeigen, dass dies zumindest teilweise darauf zurückzuführen ist, wie rassistische Vorstellungen die soziale Konstruktion der afrikanischen Länder südlich der Sahara als Investitionsziele prägen. Insbesondere werden die Länder als geografische Verkörperung widerspenstiger schwarzer Bevölkerungen, exotischer Wildnis, staatlicher Inkompetenz und schwacher (wenn nicht gescheiterter) afrikanischer Staaten vorgestellt. Ich behaupte, dass dies nicht einfach ein Problem ist, das mit dem individualisierten rassistischen Verhalten bestimmter Finanzakteure zu tun hat. Wenn das der Fall wäre, dann würde die Aufklärung der Investoren über die Realitäten des Kontinents und die Propagierung positiver Ansichten über Afrika das Problem lösen. Ganz im Gegenteil glaube ich, dass die Ursache dafür in den rassistischen Machtverhältnissen liegt, die die Geschäfte des kapitalistischen Finanzwesens und der Macht des Geldes im Allgemeinen strukturieren. Tatsächlich sehen wir hier einen Prozess, durch den die Produktion und Mobilisierung rassifizierter Differenz dazu beiträgt, Länder Subsahara-Afrikas als hochriskante Investitionsziele darzustellen. Dies wirkt sich nicht nur auf die Preisgestaltung, Menge und Qualität des Finanzkapitals aus, das in diese Länder fließt. Es liefert auch eine Rechtfertigung für die Forderung nach sehr hohen finanziellen Renditen und erhält damit Prozesse der Extraktion von Wert aufrecht. Mit anderen Worten: Es handelt sich nicht einfach um ein Problem voreingenommener Investoren, die negativen Stereotype über Afrika haben, sondern um strukturelle Probleme des *racial capitalism* (Bhattacharyya 2018). Zusammenfassend und in Anknüpfung an mein Argument von vorhin bedeutet dies, dass *race* und Kolonialität (sowie andere soziale Beziehungen wie Geschlecht, Sexualität, usw.) eine grundlegende Rolle für die untergeordnete Stellung von Entwicklungsländern in den globalen Geografien des Finanzwesens spielen. Ich denke dieser Punkt ist besonders wichtig, weil es in Studien zur Entwicklungsfinanzierung eine gewisse „Farbblindheit“ gibt, die es dringend zu beheben gilt.

Du plädierst für eine breite historische Einbettung aktueller ökonomischer Trends (Long-Durée-Ansatz), um die Beziehungen zwischen Geld und Imperialismus zu verstehen. Wie würdest du gegenwärtige Debatten zu

Finanzialisierung in diese langfristige Perspektive einordnen? Was ist neu an diesem Trend, und was nicht?

Wie ich bereits angedeutet habe, hat das Finanzwesen in der Geschichte des Imperialismus, der transatlantischen Sklaverei und des (Neo-)Kolonialismus eine zentrale Rolle gespielt (s. z.B. McNally 2020). Meines Erachtens muss diese grundlegende Erkenntnis in den Mittelpunkt unserer Forschungsbemühungen gestellt werden, auch in Bezug auf die Finanzialisierung. Darüber hinaus habe ich erwähnt, dass es wichtig ist, das zeitgenössische Finanzwesen als Produkt dieser langen und brutalen Geschichte zu betrachten, die aber gleichzeitig auch Elemente von etwas Neuem enthält. Davon abgesehen und allgemein gesprochen würde ich sagen, dass meine Sicht auf das Konzept der Finanzialisierung eher agnostisch ist. Ich gebe zu, dass ich mit vielen Arbeiten in dem Feld unzufrieden bin, vor allem dann, wenn sie lose als „mehr Finanzen“ konzipiert sind oder wenn irgendwie suggeriert wird, dass der Kapitalismus früher nicht finanzialisiert war. Leute wie Brett Christophers (2012) und Nick Bernards (2020) haben sehr wichtige Grenzen der Finanzialisierung aufgezeigt, vor allem in Bezug auf Fragen der Geografie und der Arbeit. Ich teile diese Kritik weitgehend.

Ich denke es ist sinnvoll, Finanzialisierung als Ausdruck einer inhärenten kapitalistischen Tendenz der Inwertsetzung zu begreifen, also dem Streben des Kapitals, das menschliche Leben und die (lebendige) Umwelt durch Privatisierung, Kommodifizierung und Vermarktlichung auf ökonomische Ressourcen und Geldabstraktionen zu reduzieren. In diesen Prozessen nehmen unterschiedliche Formen von Geld und Finanzen eine zentrale Rolle ein und ermöglichen Aneignung und Ausbeutung. Wir wissen, dass Geld und Finanzen auch Mittel (geo-)politischer Macht sein können. Raj Patel und Jason Moore (2017) haben eine Formulierung geprägt, die mir sehr gut gefällt, und die versucht diesen Aspekt zu erfassen: „Die Rhythmen von Weltgeld und Weltmacht sind tief ineinander verwoben“ (ebd.: 96, Übersetzung: F.B. & A.S.). Meiner Ansicht nach muss ein solches Verständnis in Studien zur Finanzialisierung im Vordergrund stehen. Oder anders ausgedrückt: Wir müssen die Dynamik der Klassenmacht und der Wertextraktion im Herzen der Finanzialisierung ebenso untersuchen wie die Art und Weise, wie sie von den „ghosts of empire“ bewohnt wird (Bourne u.a. i.E.).

Es scheint ein wachsendes Verständnis dafür zu geben, dass eine Reihe von Phänomenen, die Wissenschaftler*innen bisher eher mit der Kategorie Finanzialisierung erklärt haben, eher mit anderen Konzepten, wie z.B. der *Rente*, zu erfassen sind (s. z.B. Christophers 2020; Schwartz 2021). Dies ist meines Erachtens insofern zu begrüßen, als dass es dazu anregt, die Quellen

des Wertes zu untersuchen, aus denen verschiedene Formen von Einkommen und Profitströmen generiert werden, und zu fragen: Wie wird dieser Wert in Form von Renten geschaffen, erfasst und verteilt? Indem wir Renten im breiteren gesellschaftlichen Kontext antagonistischer Klassenbeziehungen der kapitalistischen Entwicklung verorten, können wir möglicherweise aufdecken, wie bestimmte Techniken/Praktiken der Finanzialisierung zum Eindringen von Rentenextraktionsmechanismen in neue Sphären der sozialen Reproduktion und des Alltagslebens beitragen (Purcell u.a. 2020). Dies kann wichtig sein, um zu zeigen, dass und wie einige der Finanzeinkommen generierenden Aktivitäten, die mit Finanzialisierung in Verbindung stehen, tatsächlich neuartig sind.

Viele Länder des Globalen Südens erleben derzeit (wieder) schwere Staatsschuldenkrisen, die durch die sich ausbreitende COVID-19-Pandemie noch verschärft werden. Wo siehst du Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur sogenannten „Schuldenkrise der Dritten Welt“ in den 1980er Jahren?

Ich würde gerne auf einen meiner vorigen Punkte zurückkommen: Die Tatsache, dass so viele Länder des Globalen Südens so schwer von den finanziellen Auswirkungen der Pandemie betroffen sind, ist ein Symptom ihrer untergeordneten Stellung in der globalen Geografie des Geld- und Finanzwesens. Sie manifestiert sich in einer Reihe von Merkmalen, die wir inzwischen recht gut kennen, wie z.B. eine extreme Prozyklizität in den Mustern der grenzüberschreitenden Kapitalabflüsse, ein Aufbau verschiedener Formen von finanzieller Fragilität und Kapitalflucht, die oft Zeiten finanzieller Notlagen verschlimmert. Was auf den ersten Blick neu erscheint ist, dass viele Entwicklungsländer nach einer Periode extrem brutaler Kapitalflucht zu Beginn der Pandemie (der schlimmsten in der Geschichte vieler Entwicklungsländer) wieder Zugang zu den globalen Finanzmärkten erhielten und Kredite zu sehr niedrigen Kosten aufnehmen konnten (im historischen Vergleich). Wie Daniel Munevar (2021) in einem aktuellen Eurodad-Bericht unterstreicht, sind „für mindestens 35 von 57 Ländern mit ausstehenden Staatsanleihen die Kreditkosten unter das Vorkrisenniveau gefallen“ (ebd.: 1).

Aber selbst das lässt sich auf die untergeordnete Stellung der Entwicklungsländer zurückführen, insofern als die schnelle Rückkehr auf die globalen Finanzmärkte zeigte, in welchem Ausmaß die Entwicklungsländer „Push“-Faktoren, wie globale Liquidität, Marktbewertungen und dem geldpolitischen Einfluss von kapitalistischen Volkswirtschaften der Zentren untergeordnet sind (vgl. Naqvi 2019; Bonizzi & Kaltenbrunner 2019). Darüber hinaus ist diese neue Runde der Kreditaufnahme (ohne signifikanten

Schuldenerlass und Umstrukturierung) einfach nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In der Tat könnte sie zu einer deutlich schlechteren Situation führen, da sie die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems erhöht. Außerdem kann dies „den Netto-Ressourcentransfer von öffentlichen Schuldnern zu externen Gläubigern verschärfen“ (Munevar 2021: 1, Übersetzung: F.B. & A.S.).

Auch bei der Art und Weise, wie die aktuelle Staatsschuldenkrise angegangen wird, gibt es auffällige Ähnlichkeiten mit früheren Krisen. Da gibt es beispielsweise die Doppelmoral des *Internationalen Währungsfonds* (IWF), der die Welt darüber belehrt, dass Regierungen mehr ausgeben sollten, um die Auswirkungen der Krise zu bewältigen, während er gleichzeitig auf Sparmaßnahmen in Entwicklungsländern drängt, wo er Strukturanpassungsprogramme aushandelt. Und das mitten in einer Pandemie! Daniel Munevar warnt davor, dass

„in einem Nachkrisenkontext, der von Schulden und Sparmaßnahmen geprägt sein wird, den Entwicklungsländern noch weniger Mittel zur Verfügung stehen werden, um in öffentliche Dienstleistungen zu investieren, die das Leben und die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung zu schützen. Viele Entwicklungsländer wenden bereits jetzt mehr Mittel für den Schuldendienst auf als für die öffentliche Gesundheitsversorgung oder Bildung. In mindestens 62 Ländern war der externe öffentliche Schuldendienst im Jahr 2020 größer als die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung. Außerdem war der externe öffentliche Schuldendienst im Jahr 2020 in mindestens 36 Ländern größer als die Ausgaben für Bildung.“ (Munevar 2021: 2, Übersetzung: F.B. & A.S.).

Ich kann nur empfehlen, den ganzen Bericht zu lesen.

Darüber hinaus wurden die Bemühungen zur Entschuldung von Staaten unter dem Schirm der *Debt Service Suspension Initiative* (DSSI) der G20 organisiert. Shaina Potts hat gezeigt, dass der institutionelle Rahmen dieser Initiative tiefgreifend von der „Lösung“ früherer Schuldenkrisen geprägt bleibt. Sie argumentiert, dass „der begrenzte Erfolg der DSSI in der Wiederholung langjähriger internationaler Ansätze zur Lösung von Staatsschuldenkrisen wurzelt, die darauf ausgelegt sind, Vertragsrechte und Gläubigerinteressen über substanzielle Schuldenerlasse zu stellen“ (Potts 2021, Übersetzung: F.B. & A.S.). Insbesondere wird befürchtet, dass eine Umschuldung den privaten Gläubigern zugutekommt, weil die Mittel der DSSI primär dafür vorgesehen sind, die Zahlungen an Gläubiger zu gewährleisten. Wir sind weit entfernt von dem Schuldenerlass, der unbedingt notwendig wäre. Manche hegen die Hoffnung, dass die Bereitstellung von Liquidität in Form von Sonderziehungsrechten (die gerade von den IWF-Mitgliedern genehmigt wurden) den Entwicklungsländern fiskalischen Spielraum verschafft, um die Krise zu bewältigen und eine Rezession zu vermeiden (Gallagher u.a. 2020).

Es gibt jedoch auch Bedenken, dass die Beträge begrenzt sein werden und dass die Initiative wieder vom US-Kongress kassiert wird, gerade weil es in den USA bereits früher viel Widerstand sowohl von Demokraten als auch Republikanern dagegen gab.

Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Geopolitik, Finanzwesen und wirtschaftlicher Entwicklung betonst Du in Deiner Arbeit die zentrale Rolle des „Staatskapitalismus“. Was verstehst Du darunter, und wie hilft uns der Begriff, diese Zusammenhänge besser zu verstehen?

Allgemein bezeichnet Staatskapitalismus kapitalistische Gesellschaftsformationen, in denen der Staat eine herausragende Rolle bei der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft spielt, indem er die Kapitalakkumulation überwacht und verwaltet oder direkt Kapital besitzt, kontrolliert und zuteilt (vgl. Alami & Dixon 2020a). Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verbreitung staatlich geförderter Unternehmen in der gesamten globalen Ökonomie (beispielsweise Entwicklungsbanken, staatseigene Unternehmen, Staatsfonds und nationale Leitfirmen) oder Formen eines erstarkenden ökonomischen Etatismus (wie Wirtschaftspatriotismus, strategischer Protektionismus, Techno-Nationalismus, Neo-Merkantilismus, verschiedene Formen von Industriepolitik oder nationaler Entwicklungspläne) fragen sich einige: Ist dies der Aufstieg einer neuen Form des Staatskapitalismus?

In Rückgriff auf die vergleichende Kapitalismusforschung tendieren einige Wissenschaftler*innen – aber auch, und zunehmend, strategische Analyst*innen, politische Führungskräfte oder Expert*innen für Außenpolitik- dazu, dieses Phänomen als den Aufstieg einer nationalen oder regionalen Variante des Kapitalismus zu verstehen.

Eine Variante, die angeblich nur in großen Schwellenländern wie Russland, der Türkei, Indonesien, Brasilien, Indien oder Ungarn vorherrscht, wobei China oft als Paradebeispiel für eine solche Kapitalismusvariante herangezogen wird. Aus dieser Perspektive wird der Staatskapitalismus als ein immer potenter werdender Rivale des liberalen, freien Marktkapitalismus gesehen. Ich hingegen distanzieren mich von einer solchen Interpretation. Zusammen mit Adam Dixon ziehe ich es vor, Staatskapitalismus als einen wirklich globalen und polyzentrischen Prozess staatlicher Restrukturierung zu begreifen (vgl. Alami & Dixon 2020b). Dieser Prozess zeichnet sich durch eine ungleiche aber global gesehen zusammenhängende Ausweitung der Rolle des Staates als Förderer, Überwacher und Eigentümer des Kapitals aus und führt zu höchst unterschiedlichen institutionellen Strukturen und

Konfigurationen von Staat-Kapital-Beziehungen in der gesamten globalen kapitalistischen Ökonomie (Alami & Dixon i.E.).

Dieser Prozess entfaltet sich auf verschiedenen Ebenen, über territoriale Grenzen hinweg und begründet sich aus der historischen Entwicklung und geografischen Neugestaltung des Kapitalismus. Wenn sich diese neuen globalen Landschaften des Staatskapitalismus um die Jahrtausendwende allmählich herausgebildet und im Umfeld der globalen Finanzkrise nach 2008 weiter ausgedehnt haben, könnten sie sich in der Welt nach COVID-19 durchaus vertiefen und verstetigen. Einige Staaten werden Strategien entwickeln, um sich an das neue politökonomische Umfeld anzupassen und ihre Einbindung in regionale und globale Wertschöpfungsketten neu zu gestalten.

Der Aufstieg des Staatskapitalismus ist für den Wall-Street-Konsens (und allgemeiner die Geopolitik von Finanzwesen und Entwicklungspolitik) aus mindestens drei Gründen grundlegend. Erstens sind große staatlich geförderte Unternehmen wie Staatsfonds wichtige Akteure in der Koalition, die gemeinsam mit multilateralen Entwicklungsorganisationen, institutionellen Investoren und anderen dieses aufkommende Paradigma vorantreibt (Kanaï & Schindler 2019). Es ist bezeichnend, dass seit 2012 Vertreter*innen großer Staatsfonds zum alle zwei Jahre stattfindenden World Investment Forum (der wichtigsten globalen Plattform für Investitionen und Entwicklung, die von der UNCTAD organisiert wird) eingeladen werden, damit diese sich stärker an der Finanzierung der nachhaltigen Entwicklungsziele, insbesondere im Bereich Infrastrukturinvestitionen, beteiligen.

Zweitens sollen im Zuge des Wall-Street-Konsenses große Mengen staatlich kontrollierter Liquidität als Investitionsimpuls für die Weltwirtschaft genutzt werden. In ihren Leitlinien für Entwicklungsfinanzierung, die 2015 in dem Dokument *From Billions to Trillions: Transforming Development Finance* festgeschrieben wurden, argumentieren die multilateralen Entwicklungsbanken, dass neu entstehende Kapitalpools (wie Staatsfonds) wichtige Finanzierungsquellen für Schwellenländer sein könnten, insbesondere für große Infrastruktur- und Energieinvestitionen. In ähnlicher Weise vertritt der *World Investment Report* der UNCTAD aus dem Jahr 2020 die Ansicht, dass ein zentrales Ziel der Investitionsförderung in Entwicklungsländern darin bestehen sollte, „[d]ie großen Mengen an institutionellem Kapital [Staatsfonds, aber auch öffentliche Pensionsfonds sowie Versicherungsfonds] anzuziehen, die nach Investitionsmöglichkeiten auf den globalen Märkten suchen“ (UNCTAD 2020: iv, Übersetzung: F.B. & A.S.).

Drittens hat das gegenwärtige Aufkommen des Staatskapitalismus multilaterale Entwicklungsbanken, internationale Regierungsorganisationen und andere traditionelle Entwicklungsakteure dazu veranlasst, sich anzupassen.

Anhand von Forschungs- und Positionspapieren, die von den wichtigsten multilateralen Organisationen (OECD, IWF, Weltbank, UNCTAD und anderen) seit den frühen 2010er Jahren veröffentlicht wurden, haben wir in neueren Arbeiten gezeigt, dass diese Akteure einige der Entwicklungserfolge des Staatskapitalismus (insbesondere bei der Finanzierung von Infrastruktur in Entwicklungsländern) widerstrebend anerkannt haben. Gleichzeitig unterstrichen sie die Notwendigkeit, sich an diese neue „staatskapitalistische Normalität“ anzupassen (Alami u.a. 2021; Übersetzung: F.B. & A.S.). Diese Reaktion in Form einer strategisch-diskursiven und ideologischen Anpassung beinhaltet im Vergleich zum Staatsverständnis im Post-Washington-Konsens eine gewisse Re-Legitimierung und eine umfassendere Rolle des Staates in der Entwicklung. Dies schließt auch eine begrenzte Befürwortung von staatlichem Kapital (d.h. staatlicher Unternehmen, Staatsfonds und öffentlicher Banken) mit ein – bei gleichzeitiger Kritik am Einsatz ähnlicher Instrumente durch China. Der Wall-Street-Konsens, so unser Argument, wird zunehmend in diese neue Vision von Staatlichkeit integriert.

Du behauptest, dass wir als eines der Merkmale des „Staatskapitalismus“ eine Zunahme der staatlich gelenkten industriellen Planung sehen. Gleichzeitig beobachten wir aber in anderen Ländern kleiner werdende Spielräume genau für diese industrielle Planung. Dies ist zum Teil auch auf jene von Dir angeführten Entwicklungsinstitutionen zurückzuführen, die auf markt-basierte Finanzierung drängen. Ebenso verläuft die gestärkte Rolle staatlicher Unternehmen und öffentlicher Entwicklungsbanken parallel zu der rasanten Ausbreitung öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) und marktbasierter Finanzierungen im Allgemeinen. Sicherlich spielen staatliche Institutionen auch in diesen Prozessen eine entscheidende Rolle (etwa für die Risikominimierung dieser Investitionen sowie für geopolitische und geoökonomische Interessen). Aber angesichts des Fokus auf die Markt- und Bankfähigkeit dieser Infrastrukturprojekte: Ist es nicht übertrieben, von einer globalen paradigmatischen Wende zum „Staatskapitalismus“ zu sprechen? Wie kann man diese widersprüchlichen Dynamiken verstehen?

Um es klar zu sagen: Ich behaupte, dass das gegenwärtige Aufkommen des Staatskapitalismus als ein welthistorischer Prozess der staatlichen Umstrukturierung gesehen werden sollte, nicht als ein politisches Paradigma. Die entscheidenden Prozesse der historischen Entwicklung und der geografischen Neugestaltung des Kapitalismus, die eine solche Umstrukturierung untermauern, sind: die beschleunigte Entfaltung der neuen internationalen Arbeitsteilung und, damit verbunden, eine Verschiebung des Schwerpunkts

der Weltwirtschaft vom Nordatlantik zum asiatisch-pazifischen Raum, technologische Modernisierung und industrielle Aufrüstung, die in der Vierten Industriellen Revolution kulminiert, eine historisch beispiellose Konzentration und Zentralisierung des Kapitals sowie die Ausweitung von Schulden- und Finanzbeziehungen. Die Ursprünge des heutigen Staatskapitalismus liegen in unterschiedlichen politischen Reaktionen der Staaten auf diese kapitalistischen Transformationen und ihre Krisentendenzen. Natürlich ist dies sehr uneinheitlich geschehen, abhängig von der Position eines Landes in der internationalen Arbeitsteilung und zwischenstaatlicher Machtasymmetrien. Das bedeutet, dass nicht alle Staaten die Möglichkeit und/oder die Fähigkeit hatten (oder den politischen Willen, um genau zu sein), die politischen Spielräume für staatliche Intervention und öffentliches Eigentum an Kapital drastisch auszuweiten.

Der erste Punkt, den ich als Antwort auf eure Frage anführen möchte ist also, dass es keinen *notwendigen* Widerspruch zwischen mehr Staatskapitalismus und mehr marktbasierter Finanzierung oder, allgemeiner, mehr Beteiligung des Privatsektors gibt. Es gibt in Diskussionen über den gegenwärtigen Staatskapitalismus die Tendenz, die gegenwärtigen Entwicklungen als Dichotomien wie Staat versus Markt, liberal versus illiberal, Profite versus (geo-)politische Ziele zu verstehen. Das ist meiner Meinung nach nicht hilfreich. Eine Ausweitung des staatlichen Kapitals und eine starke staatliche Intervention bedeuten nicht unbedingt eine Ablehnung von kapitalistischen Märkten. Und wie eure Frage andeutet, gibt es viele Möglichkeiten, wie „staatskapitalistische“ Instrumente, wie z.B. Entwicklungsbanken oder andere internationale Entwicklungsinstitutionen, eingesetzt werden können, um die Risiken der Investitionen des Privatsektors zu minimieren. Was also auf den ersten Blick wie ein Paradox aussieht, ist vielleicht keines. Wie Daniela Gabor ebenfalls in einem Twitter-Austausch bemerkte, ist es nicht sinnvoll, eine konkurrierende Gegenüberstellung zwischen Staatskapitalismus und Wall-Street-Konsens zu konstruieren. Das sehe ich auch so.

Davon abgesehen gibt es hier natürlich viele potenzielle Spannungsfelder und Konflikte, vor allem aufgrund sich verschiebender geopolitischer Kräfteverhältnisse. Zum Beispiel – und damit komme ich auf den Punkt zurück, den ich vorhin über die Anpassung der multilateralen Entwicklungsinstitutionen an die neue „staatskapitalistische Normalität“ gemacht habe – ist das, was wir sehen, eindeutig ein Versuch von den multilateralen Institutionen, sicherzustellen, dass der Staatskapitalismus liberale Formen annimmt, besonders in Entwicklungsländern. Ich denke, dass ihre Position zunehmend in die folgende Richtung geht: Der Staatskapitalismus wird bleiben, also müssen wir sicherstellen, dass er so wenig Reibungen wie möglich in den globalen

Kreisläufen von Handel, Produktion und Finanzen erzeugt und dass er das auf Wettbewerb und Profit ausgerichtete kapitalistische Wertgesetz nicht stört. Dies zeigt sich deutlich in ihrem expliziten Ziel, die Parameter klar zu definieren, nach denen Staatsfonds, Entwicklungsbanken oder staatliche Unternehmen genutzt und geführt werden sollten: Laut OECD, IWF und Weltbank müssen sie „professionell“ von Technokrat*innen, Unternehmensberater*innen oder ehemaligen Banker*innen geführt werden. Sie müssen die Techniken der liberalen Regierungsführung anwenden, die Praktiken und organisatorischen Ziele vergleichbarer privatwirtschaftlicher Einrichtungen nachahmen, in einer geschäftsähnlichen Art und Weise das Tagesgeschäft führen, moderne Praktiken des Risikomanagement, vorherrschende *governance*-Regeln und so weiter übernehmen. Meiner Ansicht nach ist das, was wir hier sehen, ein Versuch, die Ausbreitung des Staatskapitalismus zu kontrollieren und zu domestizieren. Dies geschieht dadurch, dass seine Parameter klar definiert und festgeschrieben werden und die wachsende Rolle des Staates für die Interessen des privaten Sektors (und vielleicht hauptsächlich der Finanzwelt) nutzbar gemacht wird. Vielleicht geschieht dies als verzweifelter Versuch besagter Institutionen sich anzupassen, um in einer sich verändernden Welt relevant zu bleiben. Allerdings sind die Gründe wahrscheinlich noch tiefliegender. Letztlich handelt es sich um Akteure, die sich der globalen Durchsetzung kapitalistischer Prinzipien verschrieben haben. Dabei ist die Reorganisation von Staaten eine ihrer Kernaufgaben (Cammack 2010). An dieser Stelle greift die jüngste Kritik am Wall-Street-Konsens möglicherweise zu kurz: Im Rahmen des eben beschriebenen Prozesses wird eine ausgefeilte Vision des Staates und seiner Rolle in Entwicklung artikuliert, die sich meines Erachtens nicht einfach auf die Förderung des risikominimierenden Staates (*de-risking state*) und die Bereitstellung profitabler Investitionsmöglichkeiten in Infrastrukturprojekte reduzieren lässt. Obwohl beides in der Tat tiefgreifend ist. Außerdem verhindern diese Prozesse auch eine aktive Industriepolitik und Raumplanung nicht komplett.

In meiner aktuellen Forschung versuche ich zusammen mit Seth Schindler und Nick Jepson verschiedene Formen der Verflechtung zwischen Staatskapitalismus und Wall-Street-Konsens zu untersuchen. Eines unserer Argumente ist, dass viele Entwicklungsländer die politische Grammatik des Wall-Street-Konsenses bereitwillig übernehmen, weil sie ihnen erlaubt, eine neue Industriepolitik zu formulieren, die sich auf den staatlich koordinierten Ausbau der Infrastruktur konzentriert (Schindler u.a. i.E.). Der Wall-Street-Konsens mag also die Interventionsfähigkeit in gewisser Weise einschränken, aber eine beträchtliche Anzahl von Staaten ist in der Lage, ihre eigenen

industriepolitischen Ziele zu verfolgen, indem sie diese entlang der Regeln und Normen des Wall-Street-Konsenses formulieren.

Dies würde ein scheinbares Paradox erklären: Genau zu der Zeit, in der sich der Wall-Street-Konsens verbreitet, der (so die Kritiker) verschiedene Formen modernistischer und entwicklungspolitischer Pläne obsolet macht, sehen wir vermehrt nationale Entwicklungspläne und industrielle Strategien. Entsprechend hat laut UNCTAD

„[i]n dem Jahrzehnt seit der globalen Finanzkrise die Zahl der Länder, die nationale Strategien zur industriellen Entwicklung entwerfen, dramatisch zugenommen. Die Implementierungsquote sowohl formeller Industriepolitiken als auch einzelner politischer Maßnahmen, die auf Industriesektoren abzielen, scheint auf einem Allzeithoch zu sein.“ (UNCTAD 2018: 128-129, Übersetzung: F.B. & A.S.)

Es braucht daher intensivere Forschung, um zu erkunden, auf welche verschiedenen Arten und Weisen Staatskapitalismus und der Wall-Street-Konsens miteinander verschränkt sind. Dies kann nicht auf Fragen konkurrierender Politikmodelle oder Paradigmen reduziert werden. Um das nochmal klarzustellen: Wir sagen nicht, dass die Kritik am Wall-Street-Konsens unangebracht ist. Das ist sie nicht, und wir sympathisieren auf jeden Fall mit dieser Kritik. Wir behaupten auch nicht, dass die Entwicklungsländer über den gesamten politischen Spielraum verfügen, den sie sich wünschen. Das wäre absurd. Wir sind auch nicht besonders begeistert davon, wie einige periphere Staaten versuchen, sich den Wall-Street-Konsens zunutze zu machen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Miguel Kanai und Seth Schindler (2019) haben zum Beispiel deutlich davor gewarnt, dass diese staatlich geführten Projekte oft nicht der breiten Bevölkerung zugutekommen, vor allem weil sie „auf ehrgeizige physische Planungen setzen, mit Masterplänen, die eliten- und globalisierungsorientierte Ziele aufweisen, die lokale Bedürfnisse vernachlässigen und Vertreibungen auslösen“ (ebd.: 302, Übersetzung: F.B. & A.S.). Das Problem dieser Pläne und Infrastrukturprojekte ist also nicht nur die Art und Weise, wie und von wem sie finanziert werden. Viel grundsätzlicher ist auch die Frage, wem und welchen Zielen sie dienen sollen.

Was bedeutet der gleichzeitige Aufstieg von „Staatskapitalismus“ und „marktbasierter Entwicklungsfinanzierung“ für das Wesen des Imperialismus? Wie wird die Finanzierung durch die USA oder die EU organisiert, die

darauf abzielt, private Finanzmittel zu nutzen und gleichzeitig Ziele zu erreichen, die über die reine Rendite hinausgehen, z. B. geopolitischer Einfluss?

Das ist eine interessante Frage – lasst mich versuchen, sie zu beantworten, indem ich einige der bisher diskutierten Fäden zusammenführe. Erstens sind sowohl die Entwicklung des Staatskapitalismus wie auch des Wall-Street-Konsenses verstrickt in geopolitische und geoökonomische Interessen und Kräfteverhältnisse (Alami u.a. 2021). In vielerlei Hinsicht ist die imperialistische Konkurrenz ein wichtiger Aspekt der Politisierung des Staatskapitalismus. Dies schließt sowohl den so genannten neuen Kalten Krieg zwischen den USA und China ein, aber auch den Wettbewerb zwischen anderen staatlichen Akteuren (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Korea, Japan, Indien usw.), mit wichtigen Auswirkungen für Entwicklungsländer. So wurde Entwicklungspolitik zunehmend als eine Form von Exportstimulierung eingesetzt, bei der neu geschaffene Investitionsmöglichkeiten in Entwicklungsländern Anlageoptionen für das überschüssige Kapital des jeweiligen Privatsektors bieten sollen (Mawdsley u.a. 2018). Daran knüpft der Wall-Street-Konsens an: Er schafft Investitionsmöglichkeiten für überschüssiges Kapital, indem er Investitionen für transnationales Finanzkapital organisiert und ihre Risiken minimiert. Dadurch trägt er zur Exportförderung bei, von der häufig private Unternehmen in mächtigen Staaten profitieren.

Man kann den Wall-Street-Konsens auch als Mittel zur Konsolidierung des komparativen Kostenvorteils der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und anderer führender Staaten im globalen Finanzsystem verstehen. Die Finanzialisierung der Entwicklungspolitik kommt vor allem globalen Vermögensverwaltern und anderen institutionellen Investoren, Rating-Agenturen, Beratungsunternehmen und anderen Firmen, die auf die Produktion von Finanzwissen spezialisiert sind zugute, die überwiegend im Globalen Norden angesiedelt sind. Funktionen der Kontrolle und Autorität sind weiterhin in einer begrenzten Anzahl von Weltfinanzzentren in fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomien zentralisiert, etwa der *Wall Street* und der *City of London*. Die Vermögensverwaltungsbranche, die Billionen von US-Dollar verwaltet, ist extrem konzentriert und unverhältnismäßig stark in den US-Finanzzentren angesiedelt. Somit kann die vom Wall-Street-Konsens angestrebte zentrale Positionierung der privaten Finanzwirtschaft in der internationalen Entwicklung als ein Versuch gesehen werden, die höchst ungleichen globalen Geografien des Geld- und Finanzsystems und den Einfluss der traditionellen Akteure und Machtzentren in diesen Geografien zu stärken und zu vertiefen. Aus dieser Perspektive könnte der Wall-Street-Konsens unter dem Deckmantel einer „post-politischen Konvergenz zwischen Wirtschaft,

Finanzen, Entwicklung und Nachhaltigkeit“ (Mawdsley 2018: 193) durchaus die jüngste Wiederholung in der langen Geschichte der imperialen Macht sein, die diese Geografien stützt.

Es liegt nahe, dies auch als eine direkte Antwort auf den Aufstieg Chinas und seine Ausweitung staatlicher Finanzierungsformen in den Entwicklungsländern zu sehen. Die Bedingungen unter denen öffentliche Finanzierung von China vergeben werden, unterscheiden sich zu einem gewissen Grad von westlichen Formen der Kreditvergabe, obwohl es auch sehr deutliche Ähnlichkeiten gibt, wie z.B. die Verbriefung von staatlichen Vermögenswerten (Chen 2021). Wie diese imperialistischen Rivalitäten das kapitalistische Geld- und Finanzwesen prägen werden, bleibt eine offene Frage.

Ein weiterer sehr interessanter Aspekt aktueller Muster imperialistischer Rivalität ist das, was Miguel Kanai und Seth Schindler (2019) treffend als „*infrastructure scramble*“ bezeichnet haben und was sich auf den Prozess des Wettbewerbs zwischen Staaten und privaten Akteuren um die Neugestaltung von Territorien durch die Finanzierung, den Bau und die Kontrolle groß angelegter Infrastruktur in den Entwicklungsländern bezieht. Ziel ist es, „die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit durch eine verbesserte Konnektivität zu transnationalen Wertschöpfungsketten zu steigern“, indem Räume der Ressourcengewinnung, Verarbeitung, industriellen Produktion und Logistiknetzwerke miteinander verbunden werden (ebd.: 303, Übersetzung: F.B. & A.S.). Ich hatte vorhin bereits erwähnt, dass der Kapitalismus in ein Zeitalter der Logistik eingetreten ist, in dem die Optimierung der Kapitalzirkulation einen ausgeprägt strategischen Charakter angenommen hat.

Das *infrastructure scramble* und der Wettlauf um die Finanzierung und Kontrolle vernetzter Mega-Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern könnten durchaus Hauptmerkmale des Imperialismus in dieser Periode der kapitalistischen Entwicklung sein. Dieser Trend manifestiert eine grundlegend territoriale Dimension in der Logik der imperialistischen Rivalität. Und die relevanten Akteure sind, wie oben erwähnt, nicht nur die USA und China, sondern eine Reihe aufstrebender kapitalistischer Ökonomien. Dies wirft eine Reihe interessanter Fragen auf: Wie wird dies die zukünftige Entwicklung des Staatskapitalismus und die Entfaltung des Wall-Street-Konsenses beeinflussen? Wie werden andere Entwicklungsländer auf diesen neuen Kontext reagieren? Mit welchen Konsequenzen für Arbeiter*innen, Bäuerinnen und Bauern und marginalisierte Bevölkerungsgruppen geht dies einher? Wie können in dieser neuen Phase des Kapitalismus und Imperialismus emanzipatorische Formen der politischen Organisation und der internationalen Solidarität entwickelt werden? Meine Hoffnung ist, dass

progressive Akademiker*innen und Aktivist*innen dazu beitragen können, Antworten auf diese herausfordernden Fragen zu finden.

Übersetzung aus dem Englischen: Frauke Banse und Anil Shah

Literatur

- Alami, Ilias (2018): „On the Terrorism of Money and National Policy-Making in Emerging Capitalist Economies“. In: *Geoforum*, Nr. 96, S. 21-31 (<https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2018.07.012>).
- Alami, Ilias (2019): *Money Power and Financial Capital in Emerging Markets: Facing the Liquidity Tsunami*. London (<https://doi.org/10.4324/9780429297106>).
- Alami, Ilias, & Adam D. Dixon (2020a): „State Capitalism(s) Redux? Theories, Tensions, Controversies“. In: *Competition and Change*, Bd. 24, Nr. 1, S. 70–94 (<https://doi.org/10.1177/1024529419881949>).
- Alami, Ilias, & Adam D. Dixon (2020b): „The Strange Geographies of the ‚New‘ State Capitalism“. In: *Political Geography*, Nr. 82, S. 1-12 (<https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2020.102237>).
- Alami, Ilias, & Adam D. Dixon (i.E.): „Uneven and Combined State Capitalism“. In: *Environment and Planning A*.
- Alami, Ilias; Adam D. Dixon & Emma Mawdsley (2021): „State Capitalism and the New Global D/development Regime“. In: *Antipode*, online first (<https://doi.org/10.1111/anti.12725>).
- Alami, Ilias; Carolina Alves; Bruno Bonizzi; Annina Kaltenbrunner; Kai Koddenbrock; Ingrid Kvangraven & Jeff Powell (i.E.): *What is International Financial Subordination: A Research Agenda*. GPERC Working Paper
- Arboleda, Martín (2020): *Planetary Mine: Territories of Extraction under Late Capitalism*. London.
- Bernards, Nick (2020): „Centring Labour in Financialization“. In: *Globalizations*, Bd. 17, Nr. 4, S. 714-729 (<https://doi.org/10.1080/14747731.2019.1696546>).
- Bernes, Jasper (2013): „Logistics, Counterlogistics and the Communist Prospect“. In: *Endnotes*, Nr. 3, S. 172-201.
- Bhattacharyya, Gargi (2018): *Rethinking Racial Capitalism: Questions of Reproduction and Survival*. London & New York, US-NY.
- Bigger, Patrick, & Sophie Webber (2021): „Green Structural Adjustment in the World Bank’s Resilient City“. In: *Annals of the American Association of Geographers*, Bd. 111, Nr. 1, S. 36-51 (<https://doi.org/10.1080/24694452.2020.1749023>).
- Bonefeld, Werner, & John Holloway (Hg.) (1996): *Global Capital, National State and the Politics of Money*. London (<https://doi.org/10.1007/978-1-349-14240-8>).
- Bonizzi, Bruno, & Annina Kaltenbrunner (2019): „Liability-Driven Investment and Pension Fund Exposure to Emerging Markets: A Minskyan Analysis“. In: *Environment and Planning A: Economy and Space*, Bd. 51, Nr. 2, S. 420-439 (<https://doi.org/10.1177/0308518X18794676>).
- Bourne, Clea; Paul Gilbert; Max Haiven & Johnna Montgomerie. (Hg.) (i.E.): *Entangled Legacies of Empire: Race, Finance & Inequality*. Manchester.
- Cammack, Paul (2010): „The Shape of Capitalism to Come“. In: *Antipode*, Bd. 41, Nr. 1, S. 262–280 (<https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2009.00725.x>).

- Charnock, Greig, & Guido Starosta (2016): *The New International Division of Labour: Global Transformation and Uneven Development*. London (<https://doi.org/10.1057/978-1-137-53872-7>).
- Chen, Muyang (2021): „Infrastructure Finance, Late Development, and China’s Reshaping of International Credit Governance“. In: *European Journal of International Relations*, online first (<https://doi.org/10.1177/13540661211002906>).
- Christophers, Brett (2012): „Anaemic Geographies of Financialisation“. In: *New Political Economy*, Bd. 17, Nr. 3, S. 271-291 (<https://doi.org/10.1080/13563467.2011.574211>).
- Christophers, Brett (2020): *Rentier Capitalism: Who Owns the Economy, and Who Pays for It?* London.
- Chua, Charmaine; Martin Danyluk; Deborah Cowen & Laleh Khalili (2018): „Introduction: Turbulent Circulation: Building a Critical Engagement with Logistics“. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, Bd. 36, Nr. 4, S. 617-629 (<https://doi.org/10.1177/0263775818783101>).
- Clarke, Simon (1988): *Keynesianism, Monetarism and the Crisis of the State*. London.
- Clarke, Simon (2003): „The Rationality and Irrationality of Money“. In: Zuege, Alan, & Richard Westra (Hg.): *Value and the World Economy Today*. Basingstoke, S. 25-39 (https://doi.org/10.1057/9780230524613_2).
- Cowen, Deborah (2014): *The Deadly Life of Logistics: Mapping Violence in Global Trade*. Minneapolis, US-MN (<https://doi.org/10.5749/minnesota/9780816680870.001.0001>).
- Dafermos, Yannis; Daniela Gabor & Jo Michell (2021): „The Wall Street Consensus in Pandemic Times: What Does it Mean for Climate-Aligned Development?“. In: *Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du développement*, Bd. 42, Nr. 1-2, S. 238-251 (<https://doi.org/10.1080/02255189.2020.1865137>).
- Gallagher, Kevin; José Antonio Ocampo & Ulrich Volz (2020): „Special Drawing Rights: International Monetary Support for Developing Countries in Times of the COVID-19 Crisis“. In: *The Economists' Voice* 1, Bd. 17, Nr. 1, S. 1-6 (<https://doi.org/10.1515/ev-2020-0012>).
- Gilbert, Paul (2018): „The Risks of Others: Imperial Nostalgia and Technologies of the Financial Imagination“. <http://publicseminar.org/2018/06/the-risks-of-others/>, letzter Aufruf: 25.5.2021.
- Kanai, J. Miguel, & Seth Schindler (2019): „Peri-Urban Promises of Connectivity: Linking Project-Led Polycentrism to the Infrastructure Scramble“. In: *Environment and Planning A: Economy and Space*, Bd. 51, Nr. 2, S. 302-322 (<https://doi.org/10.1177/0308518X18763370>).
- Marx, Karl (1991 [1894]): *Capital: A Critique of Political Economy. Vol. III*. London.
- McNally, David (2020): *Blood and Money: War, Slavery, Finance, and Empire*. Chicago, US-IL.
- Mawdsley, Emma (2018): „From Billions to Trillions‘ Financing the SDGs in a World ‚Beyond Aid‘“. In: *Dialogues in Human Geography*, Bd. 8, Nr. 2, S. 191-195 (<https://doi.org/10.1177/2043820618780789>).
- Mawdsley, Emma; Warwick E. Murray; John Overton; Regina Scheyvens & Glenn Banks (2018): „Exporting Stimulus and ‚Shared Prosperity‘: Reinventing Foreign Aid for a Retoliberal Era“. In: *Development Policy Review*, Bd. 36, Nr. 1, S. 25-43 (<https://doi.org/10.1111/dpr.12282>).
- Munevar, Daniel (2021): „A Debt Pandemic Dynamics and Implications of the Debt Crisis of 2020“. https://www.eurodad.org/2020_debt_crisis, letzter Aufruf: 25.5.2021.
- Musthaq, Fathimath (2020): „Development Finance or Financial Accumulation for Asset Managers? The Perils of the Global Shadow Banking System in Developing Countries“. In: *New Political Economy*, online first (<https://doi.org/10.1080/13563467.2020.1782367>).
- Naqvi, Natalya (2019): „Manias, Panics and Crashes in Emerging Markets: An Empirical Investigation of the Post-2008 Crisis Period“. In: *New Political Economy*, Bd. 24, Nr. 6, S. 759-779 (<https://doi.org/10.1080/13563467.2018.1526263>).

- Patel, Raj, & Jason W. Moore (2017): *A History of the World in Seven Cheap Things: A Guide to Capitalism, Nature, and the Future of the Planet*. Berkeley, US-CA (<https://doi.org/10.1525/9780520966376>).
- Tilley, Lisa (2020): „Extractive Investibility in Historical Colonial Perspective: The Emerging Market and its Antecedents in Indonesia“. In: *Review of International Political Economy*, online first (<https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1763423>).
- Potts, Shaina (2021): *Debt in the Time of Covid*. FINGEO Virtual Seminar, 2.2.2021 <http://www.fingeo.net/shaina-potts-ucla-usa-debt-in-the-time-of-covid/>, letzter Aufruf: 25.5.2021.
- Purcell, Thomas F.; Alex Loftus & Hug March (2020): „Value-Rent-Finance“. In: *Progress in Human Geography*, Bd. 44, Nr. 3, S. 437-456 (<https://doi.org/10.1177/0309132519838064>).
- Schindler, Seth; Ilias Alami & Nick Jepson (i.E.): *Goodbye Washington Confusion, Hello Wall Street Consensus: Contemporary State Capitalism and the Spatialisation of Industrial Strategy*, in Begutachtung.
- Schwartz, Herman Mark (2021): „Global Secular Stagnation and the Rise of Intellectual Property Monopoly“. In: *Review of International Political Economy*, online first (<https://doi.org/10.1080/09692290.2021.1918745>).
- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (2018): *World Investment Report 2018*. https://unctad.org/system/files/official-document/wir2018_en.pdf, letzter Aufruf: 25.5.2021.
- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (2020): *World Investment Report 2020*. https://unctad.org/system/files/official-document/wir2020_en.pdf, letzter Aufruf: 25.5.2021.

Anschrift der Autor*innen:

Ilias Alami

Ilias.alami@maastrichtuniversity.nl

Frauke Banse

Frauke.banse@uni-kassel.de

Anil Shah

shah@uni-kassel.de